FORUM

Schafft das Staatsgeld ab!

Die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, Wertpapiere im großen Stil zu kaufen, gefährdet Marktwirtschaft und Freiheit VON THORSTEN POLLEIT

Nun will auch die Europäische Zentralbank (EZB) Schuldpapiere aufkaufen – wie es die Zentralbanken der USA, Großbritanniens und Japans bereits praktizieren. Das Ziel der Notenbanken ist es, dadurch die langfristigen Zinsen niedrig zu halten, um Investitionen anzuregen und die Wirtschaft zu stimulieren. Die Befürworter dieser in Fachkreisen »Quantitative Easing« (»QE«) genannten Politik argumentieren, sie helfe, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Doch das wäre zu schön, um wahr zu sein. Diese Politik wird alles nur noch schlimmer machen.

Tatsächlich ist QE ein Offenbarungseid, ein verzweifelter Versuch, den Kredit- und Geldapparat vor dem Kollaps zu bewahren, indem die Notenbanken Wertpapiere kaufen und damit immer mehr Geld in Umlauf bringen. Dabei war gerade zu viel Geld im Markt die Kernursache der jüngsten Wirtschaftskrise. Hauskäufer in den USA und andere Kreditnehmer auf der ganzen Welt haben sich mit diesem Geld verschuldet, ohne dem Risiko angemessene Zinsen zahlen zu müssen. Irgendwann flog das auf: Viele Investitionen stellten sich als Misserfolge heraus, Hauskäufer und Unternehmen konnten Kredite nicht zurückzahlen. Banken gerieten deshalb in Schwierigkeiten und mussten von Staaten gerettet werden. Und nun soll diese Krise mit noch mehr billigem Geld bekämpft werden?

Foto: Tim Wegner/laif

Thorsten Polleit ist Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH und Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management

Das eigentliche Problem ist das in Staatshand befindliche ungedeckte Papiergeldsystem. Ungedeckt bedeutet, dass diesem Geld keinerlei reale Ersparnisse gegenüberstehen. In diesem System haben staatliche Zentralbanken das Geldproduktionsmonopol inne. Sie schaffen, in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken, neues Geld. Es entsteht sprichwörtlich aus dem Nichts, indem eine Geschäftsbank einen Kredit vergibt – und dieses aus dem Nichts geschaffene Geld sorgt für Wirtschaftsstörungen wie in der jüngsten Krise. Die Ausgabe von ungedecktem Papiergeld über Kredite verzerrt die Zinsen, führt zu Fehlinvestitionen und Spekulationsblasen. Das ungedeckte Staatspapiergeldsystem manövriert die Volkswirtschaften zwangsläufig in eine Überschuldung, die im Bankrott endet. Der Grund: Die Ertragskraft der Ausgaben, die mit künstlich niedrig gehaltenen Zinsen finanziert werden, reicht nicht aus, den Schuldendienst umfänglich zu leisten.

Der Systembankrott kündigt sich stets auf gleiche Weise an: Sparer und Investoren beginnen, an der Bonität von Banken und Staaten zu zweifeln. In der Folge sind die Anleger nicht mehr bereit, ihnen Geld zu leihen. Im schlimmsten Fall sind die Staaten und Banken dann nicht mehr in der Lage, ihre Verbindlichkeiten zurückzuzahlen. Wie weit das führen kann, zeigte der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. Um den Kollaps der Kreditpyramide zu verhindern, senkten die Zentralbanken die Zinsen und stellten jede gewünschte Geldmenge in Aussicht, um Zahlungsausfälle abzuwehren. Kurzfristig schaffte das Erleichterung. Doch es löste die Probleme nicht, es vergrößerte sie vielmehr – schließlich waren die niedrigen Zinsen und das viele Geld ja Auslöser der Krise.

Die ultralockere Geldpolitik infolge der Krise nach Lehman hat den weltweiten Schuldenmarkt von etwa 70 Billionen US-Dollar Ende 2007 auf 100 Billionen US-Dollar Mitte 2013 anschwellen lassen. Die niedrigen Zinsen führen dazu, dass Investoren vor allem schlechten Schuldnern weiterhin Geld leihen: Sinken die Zinsen auf breiter Front, kaufen Investoren, weil sie eine angemessene Rendite erzielen müssen, verstärkt auch Papiere weniger kreditwürdiger Schuldner.

Durch die Zentralbankeingriffe wird der freie Preisbildungsprozess schwer gestört. Der Kapitalmarkt verliert seine Fähigkeit, knappe Ressourcen zu den vielversprechendsten Investitionen zu lenken. Die Leistungskraft der Volkswirtschaft wird geschwächt, die künftigen Einkommenszuwächse werden geschmälert. Doch im Bestreben, das Staatspapiergeldsystem zu erhalten, erscheint mittlerweile jedes Mittel recht, sogar das Aushebeln der Marktwirtschaft.

Die Zentralbanken erhalten weitere Macht. Ein Beispiel ist die Europäische Bankenunion: Sie soll das Bankwesen im Euro-Raum sicherer machen. In Wahrheit werden dadurch alle wichtigen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Banken durch staatliche Regulierung ersetzt. Ob Kapitalpuffer, Verschuldungs- und Beleihungsobergrenzen oder Refinanzierung, alles sollen Bürokraten vorgeben. So zeichnet sich im Euro-Raum eine Verstaatlichung des Kreditapparates ab – ganz so, wie es übrigens schon Karl Marx in seinem Kommunistischen Manifest 1848 unter Punkt fünf gefordert hatte. Über allem soll die EZB thronen, mutiert zur obersten Machtzentrale des Euro-Raums und dem Zugriff der Bürger de facto entzogen.

Die Zins- und Geldmengenvermehrungsentscheidungen der EZB werden mehr denn je über Wohl und Wehe von nationalen Regierungen, Banken, Konjunktur und letztlich auch über nationale Wirtschaftsstrukturen und nationalen Wohlstand bestimmen. Diese besorgniserregende Machtkonzentration birgt nicht nur die Gefahr des Missbrauchs. Sie wird es der EZB auch ermöglichen, die nationalen Interessen gegeneinander auszuspielen und die Staaten gegeneinander aufzubringen.

Doch der Feldzug gegen die Marktwirtschaft – und das ist die Hauptstoßrichtung der Papiergeld-Rettungspolitiken – führt in eine Sackgasse. Wohlstand und friedvolle Kooperation national wie international sind ohne Marktwirtschaft nicht möglich. Und weil das staatliche Papiergeldsystem unvereinbar ist mit der Marktwirtschaft, ist der folgerichtige und auch gangbare Weg, bei der Organisation des Kredit- und Geldwesens nicht weiter auf den Staat zu setzen, sondern auf die spontane und produktive Ordnungskraft des Marktes: Es gilt, das System des Staatsmonopolgeldes durch einen Währungswettbewerb zu ersetzen. Der Wettbewerb ist ein erprobtes Verfahren, um die Wünsche der Nachfrager bestmöglich und zu niedrigsten Kosten zu befriedigen. Was in allen Gütermärkten bestens funktioniert, funktioniert auch im Markt für Geld. Es sollten private Währungsanbieter gegeneinander antreten – und die besten gewinnen.

Der Währungswettbewerb würde nicht nur besseres Geld schaffen, als es der Staat jemals bereitstellen kann, sondern er würde auch für bessere Banken sorgen, als sie der Staat jemals wird herbeiregulieren können. Die Krisen, für die das staatliche Papiergeld sorgt, fänden ein Ende. Ein Währungswettbewerb wäre vor allem der wirksamste Schutz gegen das Untergraben der Marktwirtschaft, das mittlerweile Wohlstand, Freiheit und Frieden in Europa ernstlich bedroht.

DER STANDPUNKT

Unverbesserlicher Optimist

Frankreichs Präsident François Hollande scheut einschneidende Reformen. Er setzt auf die Regenerationskraft der Nation VON GEORG BLUME

Der französische Präsident François Hollande bleibt sich treu. Er regiert mit Worten und personellen Rochaden, aber nicht mit groß angelegten Reformprogrammen. Dabei hätte er in diesen Tagen die Chance für einen Neubeginn. Nach zwei Jahren glückloser Amtszeit, die seiner Partei bei den Kommunalwahlen im März eine katastrophale Niederlage bescherten, reagierte Hollande nach allen Regeln der Pariser Regierungskunst.

Er nominierte den populärsten Politiker des Landes, den bisherigen Innenminister Manuel Valls, zum Premierminister. Er tauschte den Parteichef und den Leiter des Präsidentschaftsamtes im Elysée-Palast aus. Zudem sorgte er mit der Ernennung seiner ehemaligen Lebensgefährtin Ségolène Royal zur Energie- und Umweltministerin für etwas mehr Glamour. Dann fuhr er am Karfreitag in die Provinz zu den Arbeitern der Reifenfabrik Michelin, um mit einem Satz sein neues Regierungsprogramm zu verkünden: »Wenn die Arbeitslosigkeit bis 2017 nicht sinkt, gibt es für mich weder einen Grund, erneut zu kandidieren, noch hätte ich eine Chance zu gewinnen.« Im Jahr 2017 finden in Frankreich die nächsten Präsidentschaftswahlen statt.

Vorgesehen sind Minderausgaben von 50 Milliarden Euro in drei Jahren. Doch wehe dem, der das Wort Sparplan in den Mund nimmt

Viel mehr aber werden die Franzosen von ihrem Präsidenten in den nächsten Monaten wohl nicht hören. Der weiß nämlich, wie unpopulär er ist. In Umfragen findet er nur noch 20 Prozent Zustimmung. Dagegen kommt sein neuer Premier auf 60 Prozent. Also muss Valls jetzt reden. Aber die Macht hat in Frankreich der Präsident. Hollande bleibt ein unverbesserlicher Optimist. Er glaubt nicht an den Niedergang der zweitgrößten Wirtschaftsnation Europas. Er sieht Frankreich nicht ins Elend der südeuropäischen Massenarbeitslosigkeit abgleiten. Ihn schrecken auch nicht die Sirenen der Finanzmärkte. Hollande zweifelt nicht an Frankreich.

Vergangene Woche lud der Präsident drei der Top-Ökonomen seines Landes an seinen Mittagstisch. Der Harvard-Professor Philippe Aghion erklärte ihm die dramatische Unterfinanzierung der meisten mittelständischen französischen Unternehmen. Der Finanzexperte Elie Cohen breitete vor ihm die erdrückende staatliche Abgabenlast der Bürger aus. Der Arbeitsmarktfachmann Gilbert Cette riet ihm zu drastischen Reformen im Niedriglohnbereich. Doch einmal mehr winkte Hollande ab. Tags darauf verkündete sein Premier, am französischen Mindestlohn, der zu den höchsten der Welt zählt, werde nicht gerüttelt. Zwar legt der Premier in dieser Woche dem Parlament einen Sparplan vor, damit Frankreich seine Haushaltsdefizitvorgaben aus Brüssel einhält. Vorgesehen sind Minderausgaben von 50 Milliarden in drei Jahren. Doch wehe dem, der das Wort Sparplan auch nur in den Mund nimmt. Valls spricht stattdessen lieber von Schuldensenkungen, die im Interesse der nationalen Unabhängigkeit lägen.

Es scheint, als habe Frankreichs Führung die dramatische Lage nicht begriffen. Dabei steuert die französische Industrie mittlerweile nur noch zehn Prozent zur Wirtschaftsleistung des Landes bei. Tausende von Fabriken mussten in den vergangenen Jahren schließen, ganze Regionen verarmen. Ausgenommen sind nur die prosperierenden urbanen Zentren Paris und Lyon und einige große Unternehmen, die in diesem Jahr alle Börsenrekorde brechen. So setzt Hollande letztlich auf den Optimismus der Eliten. Sollen sich doch andere, wie der rechtsradikale Front National, des dumpfen, wachsenden Pessimismus im Hinterland bedienen. Der könnte am Ende auch noch dem Präsidenten nützen, falls er bürgerliche und rechtsradikale Opposition in gleich große Lager spaltet.

Es ist leicht, Hollande jetzt politischen Zynismus und ökonomische Fahrlässigkeit vorzuwerfen. Doch Frankreich steht nicht still. Sein Wirtschaftswachstum lag im vergangenen Jahr nur 0,1 Prozentpunkte hinter dem deutschen. Die Pariser Metropolengesellschaft bleibt schon aufgrund ihrer Größe, Vielfalt und Demografie die modernste Europas. Konzerne wie Axa, Carrefour und L'Oreal sind weltweit führend. Noch immer wirft der Tourismus neue Rekordsummen ab. Die Frage ist, ob das übermächtige Staatswesen, dem Hollande vorsteht, diese Erfolge tendenziell erstickt oder von ihnen auf die Dauer regeneriert wird. Hollande glaubt an Letzteres und seine Chancen, 2017 wiedergewählt zu werden.

REZENSION

So verhandelt Merkel in Brüssel

Ein Buch gibt erstmals Einblick in vertrauliche Protokolle von EU-Gipfeln VON MATTHIAS DWORAK

Die Europawahl steht vor der Tür, und die öffentliche Meinung über Brüssel ist nicht die beste. Viele Menschen verbinden mit Europa ausufernde Bürokratie und Entscheidungen hinter verschlossenen Türen. Aber wie wird in Brüssel wirklich regiert? Wer sind die großen Entscheider? Diesen Fragen sind Cerstin Gammelin und Raimund Löw in ihrem Buch *Europas Strippenzieher* nachgegangen. Gammelin war schon für die *Financial Times Deutschland* und die *ZEIT* tätig, heute arbeitet sie als Korrespondentin für die *Süddeutsche Zeitung* in Brüssel. Löw arbeitet seit 1985 für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Österreich und moderiert die Sendung *Inside Brüssel*.

Auf 384 Seiten wollen die Autoren Licht in das Dunkel europäischer Politik bringen. Dazu führten sie zahlreiche Interviews und Hintergrundgespräche mit Regierungschefs, Kommissaren und Beamten. Erstmalig bekamen sie auch Einblick in die sogenannten Antici-Protokolle, benannt nach einem italienischen Diplomaten. Das sind vertrauliche Wortlaut-Protokolle, die während der Gipfeltreffen der 28 EU-Staats- und Regierungschefs entstehen. Diese Gipfeltreffen werden von EU-Diplomaten gern als »europäische Gesprächstherapien« bezeichnet. Immerhin sei das »ein riesiger Fortschritt gegenüber früheren Zeiten, als sich die europäischen Nachbarn gegenseitig bekriegten und über den Zaun schossen«. Grundsätzlich wird im Konsens entschieden, so weit die Theorie. Das Buch zeigt aber, dass es in der Realität oft anders aussieht. So wird ein zypriotischer Diplomat mit den Worten zitiert: »Griechenlandrettung ist, wenn Schäuble und Lagarde die Köpfe zusammenstecken und einen Plan machen, dem die anderen zustimmen müssen«, das sei keine Gemeinschaft aus Gleichen.

Ein großer Teil des Buches beschreibt die Krisenjahre 2008 bis 2013. Die vertraulichen Dokumente offenbaren eindrucksvoll, wie dramatisch die Gipfel während der Euro-Krise abliefen und wie sich die Konflikte zwischen den Regierungschefs verschärften, wie Angela Merkel den Ton angab und sich ihre Kollegen »zu Statisten degradiert« fühlten. Der französische Präsident Sarkozy ärgerte sich, als sich Merkel einem gemeinsamen Banken-Rettungsfonds widersetzte: »Wissen Sie, was sie zu mir gesagt hat? *Chacun sa merde!* Jedem seine Scheiße«, soll er abseits der Mikrofone gesagt haben. Die deutsche Grundhaltung wird deutlich, jedes Land ist für sich selbst verantwortlich. Aber auch die restlichen EU-Staaten hätten in der Krise nicht an einem Strang gezogen, »die Präsidenten und Premierminister und Kanzler benehmen sich wie Landesfürsten im 18. Jahrhundert«, schreiben die Autoren. Jedes Land habe zuerst seine nationalen Banken retten wollen. Der anhaltende Egoismus der einzelnen Staaten habe dazu geführt, dass »der Euro bleibt, aber Europa bröckelt«, schreiben Gammelin und Löw. Die Autoren zeigen auch, wie sich Angela Merkel in Europa den Ruf einer ausgeprägten Machtpolitikerin erworben hat, wie die Europäische Kommission zum Einfallstor für Lobbyisten wird und welche dubiosen Verträge mit der Tabaklobby geschlossen wurden. Aber: »Die Staats- und Regierungschefs sind die mächtigsten Lobbyisten in Europa«, schreiben sie und liefern gute Beispiele wie das der Verhinderung strengerer Klimagas-Grenzwerte durch Merkel. Die Europäische Kommission sei nur die »Gesetzeswerkstatt« für die Mitgliedsstaaten. Alles, was in Brüssel beschlossen würde, basiere grundsätzlich auf Vorschlägen aus den Hauptstädten, stellen sie fest.

Cerstin Gammelin, Raimund Löw: Europas Strippenzieher
Econ Verlag, Berlin 2014; 384 Seiten, 19,99 €

Das Buch ist mal sachlich, mal spannend wie ein Politthriller, teilweise auch amüsant, aber immer gut verständlich und kurzweilig. Durch die Gipfel-Protokolle kommt man Merkel, Hollande und ihren Kollegen so nahe wie nie zuvor. Das Projekt Europa mit all seinen Fehlern und Schwächen bekommt ein menschliches Gesicht. Die Autoren beschreiben die europäischen Entscheidungsprozesse durchaus kritisch, verfallen aber nicht in populistische Brüssel-Schelte. Sie liefern einen bestechend scharfen Blick auf die europäische Zeitgeschichte der vergangenen Jahre. Für jeden, der sich vor der Europawahl darüber informieren will, wie Verhandlungen in Brüssel wirklich ablaufen und wer in Europa das Sagen hat, ist dieses Buch sehr zu empfehlen.

ANZEIGE